© FatCamera / Getty Images / iStock

6.600 Kilogramm Cannabis sind für 2019 bis 2022 vom BfArM ausgeschrieben.

BfArM-Ausschreibung

Über sechs Tonnen Cannabis für vier Jahre

Die beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) eingerichtete Cannabisagentur hat für den Vier-Jahres-Zeitraum 2019 bis 2022 rund 6.600 Kilogramm Cannabis ausgeschrieben. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke hervor. Die Regierung widerspricht damit Aussagen der Linken-Abgeordneten, wonach die Cannabisagentur für den fraglichen Zeitraum lediglich 200 Kilogramm medizinisches Cannabis pro Jahr eingeplant und ausgeschrieben hätte. Diese Annahme sei „nicht zutreffend“, versichert das Bundesgesundheitsministerium.

Der Befürchtung, es könnte zu Lieferengpässen kommen, hält die Regierung darüber hinaus entgegen, dass sich nach Maßgabe der Ausschreibungsbedingungen die Auftragnehmer bereit erklären, zusätzliche Mengen bereitzustellen. „Im Übrigen ist auch weiterhin ein Import von im Ausland angebautem Cannabis für medizinische Zwecke möglich“, heißt es. Allerdings kämen für diesen Bezugsweg nur Herkunftsländer infrage, in denen medizinisches Cannabis gemäß dem Einheitsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1961 angebaut wird. Derzeit seien Kanada und die Niederlande in der Lage, getrocknete Cannabisblüten entsprechend rechtskonform nach Deutschland auszuführen. In Israel werde ein Cannabisexport auf interministerieller Ebene diskutiert. Eine Entscheidung stehe dort noch aus. (cw)

Repräsentative Umfrage

Wo sterben? – Wunsch und Wirklichkeit klaffen auseinander

— Patientenverfügungen haben Aufwind. In den vergangenen fünf Jahren ist ihre Verbreitung in der Bevölkerung massiv gestiegen. Einer aktuellen Umfrage im Auftrag des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes (DHPV) zufolge verfügen inzwischen 43 % der Erwachsenen über eine Patientenverfügung, 2012 waren es nur 26 %. Für den DHPV gilt dies als Beleg dafür, dass sich eine Mehrheit der Menschen in Deutschland eine intensivere gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Sterben wünscht. Während die Beratung zu Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten in stationären Pflegeeinrichtungen von den Kassen vergütet werden, müssen niedergelassene Ärzte diese Beratungsleistungen umsonst erbringen oder privat liquidieren.

Ambulante Hospizdienste und niedergelassene Ärzte sind als Berater zunehmend nachgefragt. Der DHPV plädiert daher für eine offen angelegte Strategie. „Wenn wir bei den Beratungen in die Breite wollen, kann die Aufnahme der Leistungen in den EBM ein Baustein sein“, sagte DHPV-Geschäftsführer Benno Bolze.

Wunsch und Wirklichkeit, was den Ort des Sterbens angeht, klaffen nach wie vor weit auseinander. Auch dafür liefert die Umfrage Belege (**Abb. 1**). Mehr als die Hälfte (58 %) der von der Forschungsgruppe Wahlen telefonisch befragten Menschen will in den

eigenen vier Wänden sterben. Tatsächlich sterben 58 % der Menschen im Krankenhaus. Tendenziell hat seit der letzten Umfrage von 2012 die Bedeutung der Hospiz- und Palliativversorgung zugenommen. Der Anteil der Menschen, die sich vorstellen können, ihre letzten Stunden in einer Einrichtung zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen zu verbringen, ist seit 2012 um 9 % auf 27 % gestiegen.

Als Ansprechpartner bei Fragen rund um die Hospiz- und Palliativarbeit sind die Hausärzte stark gefragt. Mehr als jeder Dritte (35 %) würde sich bei der Suche nach einem Platz im Hospiz oder in einer palliativmedizinischen Einrichtung an seinen Hausarzt wenden. Dass versucht werde, ihnen an dieser Stelle Steine in den Weg zu legen, stößt beim Hausärzterverband auf Unverständnis. Einige der neuen von KVB und Kassen vereinbarten Palliativziffern fordern Fortbildungen, die der Hausärzterverband mit der Weiterbildung als bereits erbracht ansieht, sagte Verbandssprecher Vincent Jörres gegenüber Springer Medizin. Die Versorgung ist noch lange nicht gut. Laut Vertretern des DHPV ist die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV), auf die seit 2007 ein Anspruch besteht, nach wie vor nicht flächendeckend umgesetzt. Ein Hindernis sei auch der Ärztemangel auf dem Land. Arno Fricke

Abb. 1: Über 1.000 Menschen waren im Auftrag des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes (DHPV) zum Thema Sterben befragt worden.